

**Niederschrift über die Sitzung des
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 4. April 2016
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen**

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Beutel, Häußermann, Heissenberger, Hundt (bis 17:30 Uhr), Theile (CDU)

Riedel, Schäf, Wörner, Berger (bis 17:30 Uhr) (SPD)

Dannenmann, Heid, Ulrich, Ostfalk (Freie Wähler)

Dr. Fleischer, Sturm (ab 14:44 Uhr), Härtner (GRÜNE)

Hofer, Wilhelm, Treiber (bis 17:35 Uhr) (FDP-FW)

Heide (AfD/
Unabhängige)

Bezler (Linke/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Sczuka (CDU)

Entschuldigte Ausschussmitglieder: Jäger (CDU)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Geißler
Regierungsdirektor Dr. Zaar
Hr. Marks, TransportTechnologie-Consult (Top 1)
Karlsruhe GmbH

Fr. Dunker, Leiterin Amt für Recht und Ordnung (Top 3)

Hr. Straus, Leiter Straßenbauamt (Top 4 + 5)

Fr. Rikker, Leiterin Abfallwirtschaftsamt (Top 6)

Hr. Balthasar, Geschäftsführer der AWG (Top 6)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin: Kreisamtfrau Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:19 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:29 Uhr

Ender der nichtöffentlichen Sitzung: 17:57 Uhr

§ 1

Fahrzeugbeschaffung für die Wieslaufalbahn

Drucksache 2016-32-UVA04.04.

Landrat Dr. Sigel betont, die Fahrzeugbeschaffung auf der Wieslaufalbahn beschäftige die Gremien seit einigen Jahren. Nun liege das beauftragte Gutachten zum aktuellen Sachstand vor, das parallel auch in Rudersberg sowie Schorndorf vorgestellt werde.

Herr Marks, TransportTechnologie-Consult Karlsruhe GmbH (TTK), erläutert die möglichen Varianten der Fahrzeugbeschaffung Wieslaufalbahn an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, heute gehe es zunächst um eine Meinungsbildung. Die sechs vorhandenen Fahrzeuge seien teilweise älter als 20 Jahre. In Anbetracht eines schmalen Geldbeutels wäre es wünschenswert, gebrauchte Fahrzeuge erwerben zu können, was jedoch derzeit sehr schwierig sei. Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf tendiere dazu, zunächst die bisherigen Fahrzeuge weiter zu betreiben und auf dem Gebrauchtfahrzeugmarkt weiterhin nach gebrauchten RS 1 Ausschau zu halten.

Kreisrat Dannenmann meint, die Fahrgästeszahl hätte sich seit 2005 nur unwesentlich verändert. In Anbetracht dessen halte er die Beschaffung von noch längeren und teureren Fahrzeugen nicht für gerechtfertigt. Er regt an, ob als Alternative nicht auch batteriebetriebene Gelenksbusse auf der Schienentrasse eingesetzt werden könnten. Dieses System hätte dann auch bundesweit Modellcharakter.

Kreisrat Riedel sagt, man brauche eine zukunftsfähige Lösung. Aus seiner Sicht gehöre der Batterietechnik die Zukunft oder eventuell wäre auch ein Antrieb über Solarmodule langfristig möglich. Er halte deshalb eine schnelle Entscheidung für falsch. Stattdessen solle lieber noch abgewartet werden.

Kreisrat Sczuka zeigt sich skeptisch, was den Einsatz von Solarstrom für Züge betreffe. Er möchte wissen, ob man durch den zeitlichen Verzug aufgrund der Prüfung einer möglichen Elektrifizierung der Wieslaufbahn heute bei der Anschaffung von Ersatzfahrzeugen Nachteile habe und, wie der Stand in Sachen Zuständigkeitsübertragung der Bahn an die Region sei. Des Weiteren

interessiere ihn, ob hier eine LGVFG-Förderung möglich sei. Insgesamt lägen die vorgestellten Varianten gar nicht so weit auseinander, wobei er die Variante 1.2 favorisiere. Die Finanzierung einer Neubeschaffung halte er für kaum realisierbar.

Kreisrätin Sturm sagt, da die Barrierefreiheit bald gesetzlich gefordert werde, falle Variante 1.1 völlig weg. Die Möglichkeit Schienenbusse einzusetzen oder sogar die Fahrzeuge über Ladestation zu betreiben, halte sie für eine gute und vor allem umweltfreundliche Idee. Vielleicht stünde hier auch ein Förderprogramm für nachhaltige Mobilität zur Verfügung. Sie weist darauf hin, im ÖPNV-Pakt mit der Region sei klar geregelt, dass der Verband Region Stuttgart diese Art von Strecken nicht übernehme.

Kreisrat Hofer gibt zu bedenken, dass der Landkreis mit 65 Prozent an der Finanzierung beteiligt sei und man die Gartenschau 2019 nicht als Maßstab heranziehen dürfe. Man brauche hier eine Finanzierungsmöglichkeit, die dem technischen Fortschritt angepasst werden könne. Auch müsse man sich gut überlegen, wie die Finanzierung über die Jahre hinweg verteilt werde, ohne andere Bereiche dadurch in Konkurrenz zu bringen bzw. auch die Möglichkeit des Leasings in Betracht zu ziehen.

Kreisrat Ostfalk siehe in den batteriebetriebenen Fahrzeugen langfristig auch eine gute Zukunftsmöglichkeit. Um die Zeit, bis diese Variante technisch ausgereift ist, zu überbrücken, sollte man prüfen, ob man andere Fahrzeuge leasen kann oder, ob bei den bisherigen Fahrzeugen nochmals eine Hauptuntersuchung und damit Verlängerung der Laufzeit möglich sei.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die Übertragung an den VRS vom Tisch sei. Da diese Strecke eine wichtige Anbindung für das Wieslauftal sei und man eine gut, technisch ausgereifte Zukunftslösung brauche, solle man sich für die Entscheidung Zeit nehmen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erklärt, zwei der sechs Fahrzeuge seien barrierefrei. Eine Förderung nach dem LGVFG sei nicht möglich. Mit dem erstellten Gutachten habe man ein Gesamtbild vorliegen. Es gelte nun, schrittweise die Barrierefreiheit herzustellen und zu schauen, ob man gut und günstige RS 1 auf dem Gebrauchtmart erwerben und dadurch Zeit gewinnen könne. Diese Vorgehensweise bewerte auch die Stadt Schorndorf als positiv.

Herr Marks, TTK, betont, das Leasing-System habe man auf dem französischen Markt. Diese kamen nach 10 Jahren zu dem Ergebnis, dass es für die Bahn billiger gewesen wäre, die Züge zu

kaufen. Den Einsatz eines Bussystems auf der Strecke habe man nicht untersucht. Ein Elektrifizierungsmodell für Busse laufe derzeit in Mannheim. Allerdings würden die Kosten größtenteils von Bombardier übernommen. Für Schienenfahrzeuge sei dies auf Grund des Ladevolumens kaum möglich.

Landrat Dr. Sigel sagt, von der Gemeinde Rudersberg liege noch eine Rückmeldung vor.

Kreisrat Berger gibt zu bedenken, dass bei der gegebenen Verkehrssituation im Wieslaufftal ein Pendlerverkehr mit Bussen nicht realisierbar sei. Aus seiner Sicht hätte man vor zwei Jahren die angebotenen gebrauchten Fahrzeuge erwerben sollen. Glücklicherweise seien die vorhandenen Fahrzeuge noch so weit in Takt, so dass man noch nicht unter Zugzwang sei-. Er halte die Ausschau nach gebrauchten RS 1 für die beste Lösung.

Kreisrätin Wilhelm meint, ihr sei bewusst, dass Leasing die teurere Variante sei aber diese biete Flexibilität.

Kreisrat Ulrich meint, die Fahrzeugbeschaffung auf der Wieslaufftalbahn sei eine technisch und finanziell große Herausforderung. Man müsse bei einer Entscheidung alle Varianten genau abwägen und beantrage, auch die Möglichkeit des Einsatzes von Bussen zu untersuchen und in den Vergleich mit dem Schienenverkehr mit einzubeziehen.

Kreisrat Beutel spricht sich gegen den Vorschlag von Kreisrat Ulrich aus, den Einsatz von Bussen auch noch zu untersuchen. Mit den vorhandenen Fahrzeugen könne man zunächst bis 2020 den Betrieb weiterhin aufrechterhalten und brauche keine zusätzlichen Untersuchungen.

Landrat Dr. Sigel betont nochmals, dass es heute lediglich um eine Kenntnisnahme gehe man aber den Markt, auch im Hinblick auf andere Varianten, genau beobachten werde.

Ohne weitere Diskussion nimmt der Umwelt- und Verkehrsausschuss den Bericht der Transport-Technologie-Consult Karlsruhe GmbH (TTK) zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 2

Änderung des Linienbündelungskonzepts der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans
Drucksache 2016-33-UVA04.04.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar stellte die Änderung des Linienbündelungskonzept der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans vor. Demnach sei die Line 477 im September 2015 als Schülerlinie in Betrieb genommen worden. Sie verbinde die Gemeinde Kirchberg/Murr mit der Gemeinschaftsschule Aspach. Da diese Linie bisher nicht in die 2. Fortschreibung des Linienbündelungskonzepts des Nahverkehrsplans integriert sei, solle diese nun dem Linienbündel 10 zugeordnet werden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den in der Sitzung am 30.11.2015 eingebrachten Entwurf zur Änderung des Linienbündelungskonzepts der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu beschließen.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für ÖPNV

§ 3

Wiedereinführung Altkennzeichen BK im Landkreis Schwäbisch Hall

Drucksache 2016-34-UVA04.04.

Landrat Dr. Sigel erklärt, im Oktober 2015 habe der Kreistag des Landkreises Schwäbisch Hall die Wiedereinführung des Altkennzeichens BK beschlossen, da die heute dem Landkreis Schwäbisch Hall angehörigen Gemeinden Fichtenberg, Gaildorf, Oberrot und Sulzbach-Laufen früher dem Altkreis Backnang angehört hätten. Der Rems-Murr-Kreis und der Bördekreis hätten ihr Einverständnis erteilt. Im Weiteren müssten sich nun die betroffenen Verwaltungsbezirke über geeignete verwaltungsinterne Maßnahmen einigen, die sicherstellen, dass die Doppelvergabe eines Kennzeichens ausgeschlossen sei (Bewirtschaftungskonzept). Als Veranlasser und Antragsteller der Wiedereinführung des BK-Kennzeichens im Landkreis Schwäbisch habe dieser nunmehr eine Art „Bringschuld“ inne, dem Rems-Murr-Kreis und dem Bördekreis mögliche Verteilungsvarianten der vorhandenen BK-Kennzeichen in den drei betroffenen Landkreisen zu präsentieren.. Hierbei dürfe insbesondere nicht außer Acht gelassen werden, dass dem Bördekreis derzeit über 6,7 Millionen Kombinationen zur Kennzeichenvergabe zur Verfügung stünden, dem Rems-Murr-Kreis hingegen nur 283.080 Kombinationen und, dass die Anfrage nach BK-Kennzeichen im Rems-Murr-Kreis weiterhin unvermindert anhalte. Vielleicht erhalte man so ein erhöhtes Kontingent.

Ohne Diskussion nimmt der Umwelt- und Verkehrsausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Amt für Recht und Ordnung

§ 4

K 1916 Fahrbahndeckenerneuerung Schorndorf-Schornbach; Vergabe
Drucksache 2016-35-UVA04.04.

Straßenbauamtsleiter Straus erläutert die geplante Fahrbahndeckenerneuerung an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Auf Fragen der Kreisräte Beutel und Heide antwortet Amtsleiter Straus, dass der Gehweg entlang der Straße im Zuge der Fahrbahndeckenerneuerung auch gleich mit erneuert werde. Die Leitplanken würden dagegen nicht erneuert aber, wo diese gänzlich fehlen, werde die Straßenmeisterei diese ergänzen.

Kreisrat Berger bittet darum, dass die Vollsperrung so kurz wie möglich gehalten werde, denn die Umleitung sei ziemlich umständlich.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung wird der Auftrag für die Sanierungsmaßnahme auf der K 1916 zwischen Schorndorf und Schornbach an die Firma Rossaro Baugruppe (Aalen) zum Angebotspreis von 215.584,86 € brutto vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

1 Kreisprüfungsamt

§ 5

K 1911 Fahrbahndeckenerneuerung und Radschutzstreifen Schwaikheim-Winnenden; Vergabe Drucksache 2016-36-UVA04.04.

Straßenbauamtsleiter Straus erläutert die geplante Fahrbahndeckenerneuerung sowie die Markierung eines Radschutzstreifens an Hand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist.

Kreisrat Häußermann zeigt sich verwundert, denn diese Straße sei nicht im Kreisstraßenmaßnahmenplan (KMP) unter den ersten 20 Erhaltungsmaßnahmen enthalten. Er fragt, ob eine Verbreiterung des Radschutzstreifens nicht auch unabhängig von einer Belagserneuerung hätte erfolgen können.

Amtsleiter Straus erklärt, entlang dieser Straße verlaufe eine der Haupttrouten des RadNETZ und es mache nur Sinn, gemeinsam mit der Verbreiterung des Radschutzstreifens gleichzeitig auch die Fahrbahndeckenerneuerung durchzuführen. Auch sei der Antrag bereits beim RP gestellt und genehmigt. Deshalb ziehe man diese Maßnahme entsprechend vor.

Kreisrätin Wilhelm fragt, ob aufgrund des landesweiten Radwegekonzepts jetzt der KMP außer Kraft gesetzt werde.

Amtsleiter Straus verneint dies. Nur in diesem Fall sei eine Ausnahme begründet.

Kreisrätin Fleischer begrüßt die Maßnahme auch in der gegebenen Kombination. Für sie stellt sich die Frage, warum die Maßnahme aus Mitteln des Klimaschutzprogramms finanziert werde.

Amtsleiter Straus antwortet, nur der Teil des Radschutzstreifens, der dem Radwegekonzept und somit dem Klimaschutzprogramm zuzuordnen ist, werde aus dem Klimaschutzetat finanziert. Die Deckenerneuerung der Fahrbahn gehöre zu den Straßeninstandsetzungsmaßnahmen.

Kreisrat Sczuka bittet darum, dass man sich künftig mehr am KMP orientiere.

Ohne weitere Diskussion beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 1 Gegenstimme den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Auf Grundlage des Ergebnisses der öffentlichen Ausschreibung wird der Auftrag für die Sanierungsmaßnahme auf der K 1911 zwischen dem Kreisverkehrsplatz (KVP) Schwaikheim und dem Ortseingang Winnenden an die Firma Gustav Eppe (Remseck) zum Angebotspreis von 120.907,28 € brutto vergeben.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Straßenbauamt

1 Kreisprüfungsamt

§ 6

Verschiedenes

Stellungnahme zu vorliegenden Anträgen:

- Onlineverkauf von Müllmarken (CDU-Fraktion)

Drucksachen 2016-37-UVA04.04

Landrat Dr. Sigel sagt, man werde das Thema „Onlineverkauf von Müllmarken“ 2017 in Angriff nehmen und zuvor zielorientiert überlegen, was und wie man es umsetzen könne.

Kreisrat Hofer begrüßt einen möglichen Online-Verkauf. Für ihn erschließe sich allerdings nicht, was sich 2017 gegenüber heute in der Argumentation ändere.

Kreisrat Sczuka meint, die Intension des Antrags der CDU-Fraktion bestand darin, dass man zusätzlich zum jetzigen Angebot einen Online-Verkauf ermögliche. Insbesondere im ländlich strukturierten Bereich finde man kaum noch Verkaufsstellen. Sicherlich entstünden dadurch Mehrkosten. Allerdings könne man im Gegenzug Provisionsgebühren einsparen, so dass eventuell ein Nullsummen-Spiel entstehen könnte.

Kreisrätin Dr. Fleischer spricht sich dafür aus, dass vorhandene Verkaufsstellen im ländlichen Bereich unbedingt aufrecht erhalten bleiben müssen. Somit könne man auch der Gefahr des Ladensterbens entgegen wirken.

Kreisrat Heide will wissen, wie dies technisch umgesetzt werden soll.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man wie zum Beispiel bei Eintrittskarten die Wertmarke online bestellen könne und diese einem dann nach Hause gesendet werde. Das Angebot solle auch als zusätzliche Möglichkeit, unabhängig vom Vorhandensein einer Verkaufsstelle, erfolgen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zum Onlineverkauf von Müllmarken zur Kenntnis.

- Verstärkung des Abfallunterrichts an den Grundschulen (ÖDP)

Drucksache 2016-38-UVA04.04.

Landrat Dr. Sigel legt dar, das neue Konzept zur Verstärkung des Abfallunterrichts an Grundschulen habe zum Ziel, dass jeder Grundschüler mindestens einmal zum Thema Abfall unterrichtet werde. Es entstände dadurch ein zusätzlicher Personalbedarf von 0,27 Mitarbeitern bei der AWG sowie Kosten für die Beschäftigung von Honorarkräften. Der Aufsichtsrat der AWG habe bereits zugestimmt.

Kreisrat Treiber sagt, die Erziehung von Kindern sei Aufgabe von Eltern und Schule und nicht des Rems-Murr-Kreises. Eine Beteiligung der Schulen an der „Kreisputzete“ halte er für sinnvoller.

Landrat Dr. Sigel pflichtet Kreisrat Treiber bei und meint aber, dass eine externe Unterstützung der Schulen hier sinnvoll sei und die Erziehungsarbeit ergänze.

Kreisrat Beutel meint, dass diese Art des Unterrichts erst in den weiterführenden Schulen und nicht schon in der Grundschule erfolgen sollte.

Kreisrat Sczuka weist darauf hin, dass der UVA hier lediglich noch die Möglichkeit der Kenntnisnahme habe.

Landrat Dr. Sigel sagt, man habe den Ausschuss hierüber informieren wollen und hoffe auf wohlwollende Kenntnisnahme.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Verstärkung des Abfallunterrichts an Grundschulen zur Kenntnis.

Sonstiges

Kreisrat Riedel merkt an, dass bei der letzten Grüngut-Abfuhr die Firma Kurz die Regionen Waiblingen Süd und Waiblingen Nord nicht unterscheiden können.

Kreisrat Härtner weist darauf hin, dass es in Backnang bei der städtischen Holding und der Trocknung von Klärschlamm mit der Abwärme der Biovergärungsanlage nicht rund laufe. Es sei ein erhöhter Mehrbedarf an Energie für die Trocknung des Klärschlammes zu verzeichnen. Dies sei wohl

auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen. Auch sei die Stadt Backnang mit einem externen Ingenieurbüro vor Ort gewesen und man habe den Wärmeaustauschweg auf der Seite der Trocknung und der BVA kritisch nachverfolgt. Er bitte darum, dass man hier Klärung schaffe.

Herr Balthasar, Geschäftsführer der AWG, sagt, die AWG sei immer zu Gesprächen bereit. Mögliche technische Fehler bei der Auslegung liegen aber nicht auf Seiten der AWG. Eine vorhandene Stützfeuerung mit Gas habe bis vor kurzem bei der Trocknung nur parallel gearbeitet und konnte daher eine vorhandene Temperatur nicht auf das erforderliche Niveau erhöhen. Vertraglich sei auch festgelegt, dass man nur überschüssige Energie von der Biovergärungsanlage abgeben könne. Entsprechend diesen Randbedingungen müsse die Stadt durch eine Zusatzheizung bei fehlender Temperaturleistung die zur Trocknung benötigte Energie zuführen. Dies sei aber nach einem technischen Umbau nur möglich. Auch könne man nur phasenweise bei beiden BHKWs gleichzeitig mit Vollast fahren. Dies sei meist nur zwei bis drei Monate im Sommer gegeben. Ansonsten sei nur Teillastbetrieb möglich. Ein weiteres Problem sei auch, dass die an die BVA zurückgegebene Rücklauftemperatur nach der Trocknung in der Praxis oft zu hoch ausfalle. Eigentlich sollte diese Rücklauftemperatur 70°C betragen, tatsächlich kämen ca.85 bis 90° C heraus und dieses Delta werde nicht vom Trockner genutzt. In der Konsequenz bedeute dies, dass man vor dem BHKW-Eintritt eine Kühlung vornehmen müsse und erhalte dann unfairer Weise den Vorwurf Energie sinnlos zu verschwenden. Entscheidend sei also, dass die rückläufige Temperatur auf Seiten der Stadt Backnang niedriger werde. Optimieren könnte man auch noch bei bestimmten Pumpen oder Wärmetauschern auf Seiten der BVA. Noch diese Woche finde ein weiteres Gespräch mit der Stadt Backnang am 06.04.2016 statt.

Kreisrat Härtner erkundigt sich nach dem Stand in Sachen Windkraft im Rems-Murr-Kreis vor allem in Bezug auf die Umrüstung von Flugfeuer von VOR auf D/VOR-Anlagen. Er wolle wissen, ob dieses Thema im nächsten Kreistag als Tagesordnungspunkt angesprochen werde und was derzeit die Verwaltung diesbezüglich unternehme bzw. wie sich die Verwaltung positioniere.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass die Kreisverwaltung aktiv an diesem Thema dran sei. Es gebe eine rege Auseinandersetzung bzgl. der Flugsicherung, was aber ein sehr schwieriges Thema sei. Man setze sich intensiv mit jeder Art von Gruppierung auseinander. Wo die Flugsicherung mit betroffen sei, sei dies besonders schwierig. Auch gebe es bereits einen Schriftwechsel diesbezüglich mit der Bitte um Mitteilung, wie es weiter gehe. Auch sei man mit vielen Akteuren aktiv im Austausch. Letztendlich sei der Rems-Murr-Kreis jedoch nur Genehmigungsbehörde und man wolle ein faires und sauberes Verfahren machen, immer im Bewusstsein, dass man den Auftrag der Ener-

giewende vor Auge habe. Im nächsten Ältestenrat werde man über den Inhalt der folgenden Kreistagssitzung diskutieren und die Themen festlegen.

Kreisrätin Sturm fragt an, ob vor den Mäharbeiten entlang der Straßen eine Müllsammlung erfolge. Da sich in diesem Bereich sehr viel Müll befinde habe sie Bedenken, dass dieser mit zerhäckelt werde und über das Tierfutter in den Lebensmittelkreislauf gelange. Sie wolle wissen, ob die Mähtermine mit den Müllsammelterminen abgestimmt werden würden.

Landrat Dr. Sigel erklärt, einmal im Jahr erfolge eine Kreisputzete. Trauriger weise würden viele Menschen jedoch dazu neigen, Müll am Straßenrand wegzuworfen. Ein spezielles Mülleinsammeln vor dem Mähen gebe es nicht und wäre auch personell nicht umsetzbar. Man nehme die Anfrage aber gerne mit und es folge eine Antwort.

Auszüge:

2 Dezernat 1
1 Dezernat 3
2 Abfallwirtschaftsamt

1 AWG
1 Straßenbauamt
1 Umweltschutzamt

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Daniela Bareiß